

PRESS STATEMENT

Statement of Protest from Oppressed Refugees in Schwäbisch Gmünd

We wonder why it has become a norm to persecute persons who denounce institutionalized injustice of the German State.

We are Refugees accommodated at the Schwabisch Gmünd Lager and continuously confronted with different forms of criminalization and persecution since March this year.

The whole problem started with our peaceful approach to the abnormal installation of CCTV Camera in the lager that met an unnecessary escalation from the Lager Officials " Mrs. Rettenmeier (lager Boss) and Mr. Ben (Housemaster who threatens Refugees with Knife) with absolute justification by Mr. Betz (Amtsleiter Versorgung und Integration, Ostalbkreis).

That the Police could release dogs on harmless and peaceful protesters (Refugees in Schwäbisch Gmünd on) in this so called German model of Democracy and legitimated by the State keeping silent to such brutality could be likened to a justification of fascism.

We have been continuously served with letters ranging from uncalled for House-Prohibition (which even restricts us from getting regular letters etc.), Coercion and criminalization for having excised our rights to freedom of movement.

We are followed all around by Police and selectively controlled just to provoke us to justify their arrest and criminalization based on the orders of Mr. Betz so called no tolerance for Refugee protesters.

Recently, we received letters confirming Mr. Betz's calculated attempt to manipulate our Asylum application process at different levels as a development of his concerted efforts to brand us trouble makers and enemies of the Society through his influencing the local media and the so called Bürgerinitiative in Schwäbisch Gmünd.

Overleaf is Mr. Betz recent letter to the federal Office of Migration and Refugees (dated 05.05.2014 with file Nr V/52.1). The letter expressing an initial correspondence between Mrs. Ermis (Social worker at the Schwabisch Gmünd Refugee Accommodation) and Mr. Zimmermann (BAMF- Referat Außenstelle Karlsruhe) confirms possibilities of other manipulations at different levels.

We are demanding urgent intervention of all concerned to call Mr. Klaus Pavel (Landrat Ostalbkreis) to order because such enforcements of Brutality instrumented through Dictator Betz and the Police have to **STOP** otherwise?????????

We do not feel safe in Schwäbisch Gmünd anymore; we cannot trust the Public Officials even the Police and many members of the Community who have been manipulated to excise racism against us.

Enough is enough.

Facebook: - Refugee initiative Schwäbisch Gmünd.



OSTALBKREIS

EINGEGANGEN
Bundesamt
für Migration und Flüchtlinge
06. Mai 2014
Durlacher Allee 100 * 76197 Karlsruhe

Landratsamt Ostalbkreis · 73428 Aalen

LANDRATSAMT
Integration und Versorgung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Referat Außenstelle Karlsruhe
Herrn Zimmermann
Postfach 17 33
76006 Karlsruhe

Kontakt: Herr Hiller
integration.und.versorgung@ostalbkreis.de

Zimmer: 111
Telefon: 07361 503-1572
Telefax:



Unser Zeichen: V/52.1
Ihr Zeichen:
Ihr Schreiben vom:

Aalen, 05.05.2014

*Name des Schreibens
in gewünschte Stelle
und V für mol. Sb-EE*

Flüchtlingsproteste in Schwäbisch Gmünd

Sehr geehrter Herr Zimmermann,

ich beziehe mich auf das kürzlich geführte Telefonat zwischen Ihnen und unserer So-6.5 zialpädagogin Frau Ermis in o. g. Angelegenheit.

heute

Wie Sie bestimmt schon von der Presse mitbekommen haben, gibt es in der Unterkunft für Flüchtlinge in Schwäbisch Gmünd derzeit massive Tumulte durch eine kleinere Gruppe von Flüchtlingen.

Damit Sie sich ein Bild von den Geschehnissen machen können, sende ich Ihnen anbei die wichtigsten Zeitungsartikel.

Unser Anliegen ist es, dass Sie dieses im höchsten Maße unakzeptable Verhalten möglichst in Ihre Entscheidung in den Asylverfahren nachfolgender Personen mit einbeziehen:

Name	Vorname	Geb.Datum	Staatsangehörigkeit	Az
------	---------	-----------	---------------------	----

Seite 2/2

Diese Flüchtlinge waren und sind maßgeblich an den Ausschreitungen beteiligt. Gegen alle Personen wurden mehrfach Strafanzeigen wegen Hausfriedensbruch, Bedrohung, Nötigung und Widerstand gegen Vollzugsbeamte gestellt.

Ich bedanke mich für Ihre Bemühungen und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Hans-Michael Betz
Leiter des Geschäftsbereichs
Integration und Versorgung

Anlage
Zeitungsartikel

Stellungnahme zur unmenschlichen Praxis der Polizei gegenüber den Protesten im Lager Schwäbisch Gmünd

Sehr geehrte Damen und Herren

The VOICE Refugee Forum Germany gibt durch das Büro Stuttgart/Baden-Württemberg in den folgenden Punkten eine Erklärung zu den Vorkommnissen im Zusammenhang mit den Protesten der Geflüchteten der Lagerkaserne Schwäbisch Gmünd ab:

- 1.) Geflüchtete Menschen haben – wie alle anderen Menschen in Deutschland auch(!) – das Recht auf friedlichen Protest gegen Zustände, die ihren persönlichen Lebensbereich direkt betreffen. Darüber hinaus besteht ein Recht auf Teilhabe am politischen Leben und entsprechenden Ausdruck entsprechender Überzeugungen.

Die Refugee-AktivistInnen von Schwäbisch Gmünd haben sich aufgrund des Anbringens einer Überwachungskamera im Eingangsbereich ihres Lagers zunächst an die Lagerleitung (Frau Rettenmeier) gewandt, um Sinn und Zweck dieser unangekündigten Maßnahme in Erfahrung zu bringen, welche darüber hinaus auch noch mit der Schließung eines der ohnehin wenigen Sanitäräume auf dem betreffenden Flur im Zusammenhang stand. Die Begründung der Frau Rettenmeier – Überwachung der Müllcontainer links des Gebäudes – war offensichtlich nur vorgeschoben bzw. die Ausrichtung der Kamera dann so nicht sinnstiftend. Obwohl es bei dieser ersten Konfrontation zu keinerlei körperlichen oder gar gewalttätigen Übergriffen seitens der Protestierenden kam, wurde unmittelbar die lokale Polizei eingeschaltet. Ganz im Gegenteil kam es zur Bedrohung der Menschen mit einem Messer – durch den Hausmeister des Lagers. 4 Personen wurden festgenommen, was einen unmittelbaren Protest der Verbliebenen zum Polizeirevier nach sich zog ...

Im weiteren Verlauf erfolgte eine Petition seitens der Lagerinsassen und weitere Protestaktionen, da weder seitens der Lagerleitung, noch seitens des zuständigen Geschäftsbereichsleiters Integration und Versorgung beim Landratsamt des Ostalbkreises Herrn Hans-Michael Betz eine nachvollziehbare Begründung der Überwachungsmaßnahme erfolgte. Ganz im Gegenteil wurde die Lüge von der Müllüberwachung reproduziert, Lagerinsassen gezielt eingeschüchtert, die Messerbedrohung durch den Hausmeister bagatellisiert und die AktivistInnen des Protestes diffamiert. Dieses erfolgte nicht nur im Lager selbst, sondern auch über eine entsprechende Informationspolitik gegenüber den lokalen Medien und Initiativen (sog. Arbeitskreis Asyl e.V.). Letztlich ging die Eskalation im Kampf gegen die berechtigten Proteste im Lager sogar so weit, dass die wieder einmal hinzugerufene Polizei am 11. April 2014 Polizeihunde gegen die Refugees von der Leine lies!

- 2.) Das Loslassen von abgerichteten Polizeihunden gegen Menschen stellt eine unfassbare Brutalität der handelnden Polizeibeamten dar, die an rassistische Praktiken aus Sklavenhalterzeiten der USA oder aber der Apartheid in Südafrika erinnert. Ein solches Vorgehen erfolgte in klarer Missachtung gleich mehrerer Grundgesetzartikel (Versammlungsrecht Art. 8, freie Meinungsäußerung Art. 5, Recht auf körperliche Unversehrtheit Art. 2, Unantastbarkeit der Menschenwürde Art. 1 und mithin an die Bindung der exekutiven Gewalt an Recht und Gesetz laut Art. 20) und kann nicht unwidersprochen hingenommen oder

Bankverbindung: Kto.Nr.: 127 829, BLZ: 260 500 01, Sparkasse Göttingen
gar akzeptiert werden. Darüber hinaus verurteilen wir ebenso die Brutalisierung nackter Menschen unter
der Dusche unter vollständiger Missachtung ihrer Persönlichkeitsrechte und Privatsphäre.

Zusätzlich zu diesem menschenverachtenden Vorgehen der Polizeibeamten, haben dieselben Polizisten auch noch
die Dokumentation ihres Verbrechens verhindert, indem sie ein Handy mit entsprechenden Videoaufnahmen
widerrechtlich an sich brachten und den Speicherinhalt löschten.

Wir protestieren aufs Schärfste gegen solcherlei rassistische, menschenverachtende und grundrechtswidrige
Praktiken der Polizei und die zugrunde liegende Praxis von Lagerleitung und Landratsamt. Daran können auch die
öffentliche Falschinformation durch lokale Printmedien oder halbseiden fehlinformierte Stellungnahmen seitens
kirchlich-bürgerlicher Caritativvereine mit unkonkret schwammigen Vorwürfen etwas ändern. Es ist ja wohl sehr
bezeichnend, dass solcherlei Kommentatoren unter scheinheiliger Brückierung einseitig lancierte Vorurteile gegen
die Protestierenden zum Anlass nehmen, um das brutal menschenverachtende Vorgehen der Polizei entweder
gut zu heißen oder schlichtweg zu übergehen! Da wird den durch die Polizeigewalt betroffenen Menschen das
freie Meinungsäußerungsrecht abgesprochen, die agierenden Polizisten mit deren Hunden als Attentäter zu
bezeichnen – ‚das ginge wirklich zu weit...‘. Tatsächlich sind mehrere Menschen durch Hundebisse bis in
Brusthöhe schwer verletzt worden – wie darf man solcherlei Angriff denn dann bezeichnen sollen? Der
Arbeitskreis Asyl e.V. bemüht sich den Protest als „extrem subjektiv und in der Form beleidigend...“ zu
delegitimieren, nur um danach auf die von Anfang an unhaltbaren Zustände im Kasernenlager Hardt zu
verweisen. Wie ist denn dann bitte solcherlei erniedrigende, diskriminierende und willkürliche Behandlung von
Menschen mitten in Deutschland zu bezeichnen – und wer legt fest, wer wie dagegen protestieren darf, solange
dies ohne Anwendung körperlicher Gewalt passiert? Medien und Initiativen machen sich damit zu willfährigen
Handlangern einer unmenschlichen und rechtswidrigen ([http://www.bundesverfassungsgericht.de/
pressemitteilungen/bvg12-056.html](http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg12-056.html)) Asylpolitik und werfen dann den davon betroffenen auch noch vor, dagegen
protestiert und zivilen Ungehorsam geleistet zu haben. Eine archetypische, geschichtvergessene Mentalität nach
kolonialem Vorbild – die Opfer sollen mal wieder selbst zum Täter gemacht und die eigentlichen Täter somit vom
eigentlichen Tatvorwurf freigesprochen werden.

Diese institutionalisierte Kriminalisierung von berechtigtem Protest im Gleichklang mit der medialen Vertuschung
exekutiver Verbrechen werden wir nicht länger unwidersprochen hinnehmen: GENUG IST GENUG !!!

Wir fordern eine lückenlose Aufklärung der stattgehabten unverhältnismäßigen und brutale Gewalt von
Polizeibeamten gegen unsere Aktivisten mit allen rechtsstaatlichen Mitteln (parlamentarisch, straf- und
dienstrechtlich)! Die Verantwortlichen müssen ermittelt, öffentlich benannt und zur Rechenschaft gezogen
werden!

The VOICE Refugee Forum Baden-Württemberg
Büro Stuttgart
Böblinger Straße 105
70199 Stuttgart

Für weitere Information: <http://thevoiceforum.org/node/3561> und <http://thevoiceforum.org/node/3571>